

Seite: 10
Ressort: Meinung
Rubrik: FR Deutschlandausgabe

Ausgabe: Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung
Nummer: 115

GASTBEITRAG

Camerons Geister

Von Jo Leinen

Die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens steht auf Messers Schneide. Das Versprechen von David Cameron, das britische Volk bis spätestens 2017 zu befragen, ob es Teil des europäischen Einigungswerks bleiben will, könnte sich als Bumerang herausstellen. Zuvor möchte er für die Briten einen "besseren Deal" mit den europäischen Partnern aushandeln. Doch der Spielraum für Zugeständnisse und weitere Ausnahmen von den europäischen Regeln für das Vereinigte Königreich ist gering.

Es kann durchaus sein, dass David Cameron als der britische Premier in die Geschichtsbücher eingehen wird, der das Vereinigte Königreich - ohne es zu wollen - aus der Europäischen Union geführt hat. Mit seiner Ankündigung eines Referendums und der Anti-EU-Rhetorik im Wahlkampf hat Cameron bewusst den Bruch zwischen Großbritannien und der Europäischen Union in Kauf genommen, um die Chancen seiner Wiederwahl zu erhöhen.

Obwohl bereits diskutiert wird, das Referendum auf 2016 vorzuziehen, liegen noch keine Forderungen der britischen Regierung auf dem Tisch. Man muss dennoch kein Prophet sein, um zu erkennen, dass es schon aus Zeitgründen keine Änderungen an den EU-Verträgen geben kann. Ein Vertragsänderungsverfahren mit der Einberufung eines Konvents und der Ratifizierung durch alle 28 Mitgliedsstaaten innerhalb eines Jahres abzuschließen, ist undenkbar. Zumal in diesem Fall auch andere Fragen behandelt werden müssten, die aus gesamteuropäischer Sicht weit drängender sind, wie die Vervollständigung der Währungsunion durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalunion.

Hinzu kommt, dass das Vereinigte Königreich bereits heute eher "privilegierter Partner" als Vollmitglied der EU ist. Die gemeinsame Währung, die EU-Grundrechtecharta, weite Teile der europäischen Justiz- und Innenpolitik, die

Teilnahme am Schengen-System - all dies hat Großbritannien abgelehnt, sich aber den Einfluss in den EU-Institutionen erhalten. Vor diesem Hintergrund ist niemand besonders erpicht darauf, den Briten weitere Ausnahmen einzuräumen.

Wenn es also nicht um eine Vertragsänderung in der Europäischen Union gehen kann, sondern allenfalls um einen Politikwechsel, stellt sich die Frage, warum sich das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten auf einen Sonderdeal für London einlassen sollten. Politische Entscheidungen werden in der EU durch die gewählten Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger im Europäischen Parlament, zusammen mit den Vertretern der Mitgliedsstaaten im Ministerrat getroffen und sind das Ergebnis ausführlicher Konsultationen und politischer Auseinandersetzungen. Nach dem Motto zu verfahren "ihr müsst die Politik machen, die wir wollen, oder wir sind weg", untergräbt das Vertrauen und die Loyalität innerhalb der EU. Würden sich alle Mitgliedsstaaten so verhalten, wäre die europäische Integration am Ende. Die Europäische Union lebt vom Kompromiss, nicht von der Konfrontation.

Es ist zudem unklar, wie dieser Politikwechsel aussehen soll. Die bisher vagen Forderungen aus London kommen zu einer Zeit, in der die Europäische Union einen Weg eingeschlagen hat, der der britischen Sichtweise weitgehend entspricht. So sind etwa die Ausrichtung der EU auf Wachstum, Beschäftigung und Freihandel, die Entbürokratisierung und das Ziel der besseren Rechtsetzung schon jetzt Prioritäten der Juncker-Kommission.

An der Arbeitnehmerfreizügigkeit kann und darf indes nicht gerüttelt werden. Die vier Grundfreiheiten, der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und eben auch Personen, sind der Kern des gemeinsamen Markts. Als auf Dienstleistungen ausgerichtete Volkswirtschaft kann Großbritannien

nicht den freien Zugang zum europäischen Markt einfordern, seine Grenzen aber für die Menschen dichtmachen. Dies wäre eine neue Dimension der "Rosinenpickerei", die alle Errungenschaften von über 60 Jahren europäischer Einigung infrage stellen würde. Insbesondere für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten, aber auch für die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament ist die Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar, zumal der von der britischen Regierung beklagte Sozialhilfemissbrauch schon nach geltendem europäischem Recht effektiv verhindert werden kann.

Unter diesen Bedingungen ein Verhandlungsergebnis herbeizuführen, das auch von den Europagegnern in Camerons eigener Partei als "besserer Deal" angesehen wird, wird ein schwieriges Unterfangen. Dennoch birgt die jetzige Situation auch die Chance, endlich die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis Großbritanniens zur EU zu klären. Das Referendum zwingt Politik und Bürger in Großbritannien, Farbe zu bekennen, ob sie Teil der politischen Einigung Europas bleiben oder sich auf eine wirtschaftliche Kooperation mit der EU beschränken wollen.

In diesem Fall wäre eine neue Form der Partnerschaft zwischen Großbritannien und der EU im Wege einer "assoziierten Mitgliedschaft" denkbar. Das Land könnte so weiter von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitieren, würde aber seine Vertretung in den Entscheidungsgremien der EU verlieren. Zunächst jedoch ist Cameron am Zug, in seiner Regierungserklärung am 27. Mai und beim nächsten Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 25. Juni für Klarheit über die britischen Forderungen zu sorgen. Bis dahin heißt es ganz britisch: gelassen bleiben, abwarten und Tee trinken.

Jo Leinen ist Europaabgeordneter für die SPD und Mitglied des Verfassungsausschusses. Zudem ist er der Präsident

der Europäischen Bewegung International.

Abbildung: Großbritannien muss sein Verhältnis zur EU klären. Eine stärkere Sonderrolle wird es nicht geben, eine Assoziation ist denkbar.

Wörter: 763

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH